



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Im Kampf um die Ostsee : die Alandfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Im Kampf um die Ostsee

Die Landfrage

Von Georg Kleinow

Die Nigasche Zeitung meldet: An die Adresse der hiesigen Dampfschiffsagentur Lorenz u. Meesenburg traf der deutsche Dampfer „Gorta“ in unserem Hafen ein, um eine Ladung Holz für Deutschland einzunehmen. Dieser Dampfer ist der erste im freien Verkehr. Die freie Schifffahrt mit Niga ist hiermit eröffnet. Nicht nur in Niga, sondern auch in vielen deutschen Städten wird man die Eröffnung der Schifffahrt mit Niga mit großer Freude begrüßen, betrug doch vor dem Kriege (1911) Nigas Einfuhr aus Deutschland 112 Millionen Mark und seine Ausfuhr nach Deutschland 83 Millionen Mark.



u den vielen Merkwürdigkeiten, die der Weltkrieg täglich neu vor uns hinstellt, gehören ohne Zweifel die Überraschungen, die die widerspruchsvolle Haltung der schwedischen Regierung uns seit Ausbruch des Krieges bereitet. Dabei denken wir selbstverständlich nicht daran, den Kopf darüber zu schütteln, daß diese Regierung kein Mittel unversucht läßt, um das Land vor einer Teilnahme am Weltkriege zu bewahren. Im Gegenteil, wir meinen, daß es vom schwedischen Standpunkt aus töricht wäre, sich aus seiner Neutralität herauslocken zu lassen; an dieser unserer Auffassung hat sich seit dem vorigen Jahre (vgl. m. „Stockholmer Brief“ in Heft 38 und 41 von 1917) nichts geändert, wenngleich es Stunden gab, wo es auch uns schien, als sei der Augenblick gekommen, in dem Schweden sich seiner alten historischen Aufgaben im Nordosten des Kontinents erinnern und in dem es, anknüpfend an die Gründe für die Kämpfe von 1808, seine Politik dort aufnehmen müßte, wo sie durch den Frieden von Frederichham abgebrochen wurde. Das war um die letzte Jahreswende, als die Finnländer sich, bedrängt von den russischen roten Banden, hilfesuchend an die Stockholmer Regierung wandten. Ja, während der ersten Phase der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk war der Augenblick eingetreten, wo ein kühner, weitblickender Staatsmann das schwedische Volk zu den Waffen rufen mußte, um es wieder vor eine große, den edlen Eigenschaften des schwedischen Volkes würdige Aufgabe zu stellen. Schwedens rechtzeitiges und tatkräftiges Eingreifen in die finnischen Freiheitskämpfe auf Ansuchen Finnlands hätte Schweden eine ganz überragende Stellung nicht nur im kommenden skandinavischen Bunde, sondern auch zwischen den kämpfenden großen Parteien gesichert. Eine Hilfeleistung an Finnland hätte Schweden nicht unbedingt gezwungen, zum Bundesgenossen der einen oder anderen Partei zu werden, wenn es auch zum Abbruch der Beziehungen mit jenem Rußland gekommen wäre, das sich gerade anschickte in Anarchie zu versinken. Das Risiko war also nicht groß. Einer halbwegs geschickten Diplomatie konnte es nicht schwer fallen, das Land sowohl gegen eine mögliche Bedrohung durch Norwegen, wie auch gegen die Unbequemlichkeiten deutscher und englischer Mißstimmung zu sichern. Der Gewinn aber wäre die neuerliche Verbindung mit einem dankbaren Finnland gewesen und die Festigung der schwedischen Macht in ungeahnten Ausmaßen. Wir wollen die möglichen Folgen des rechtzeitigen Eingreifens Schwedens in Finnland hier nicht weiter ausmalen, nur erinnert sei, daß es eine demokratische Regierung ist, in der der Geist eines Branting herrscht, die den günstigen Augenblick in träumerhaft spießbürgerlichen Bedenken nicht benützt hat.

Für Deutschland hat sich die Politik der Herren Eden, Branting, Palmstjerna gewinnbringend erwiesen. Sie ermöglicht unserer Diplomatie den englischen Einfluß, der sich völkerrechtlich auf das Landaabkommen vom 30. März 1856 stützte, handelspolitisch aber auf englisch-schwedischen Kapitalinteressen beruhte, mit einiger Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen. Bei einem rechtzeitigen Eingreifen in Finnland hätte

sich Schweden, nämlich unter Berufung auf das von Finnland im Prinzip anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten, ohne Schwierigkeiten in den Besitz der Ålandinseln setzen können; jetzt, nachdem Deutschland es gewesen ist, das Finnland der Verwüstung durch die Linkssozialisten bewahrte und in Finnland mit dem Erwachen eines starken staatlichen Selbstbewußtseins jene Formel der Unterdrückten mehr und mehr in Vergessenheit gerät, ist es nur auf den guten Willen der finnischen Regierung angewiesen, die zwar Rechtsnachfolgerin der alten zarischen wurde, aber doch von einem unbequemen Servitut, von der Verpflichtung die Ålandinseln nicht zu befestigen oder mit militärischen Einrichtungen zu versehen, freigeworden ist. „Juristisch, schreibt ein alter deutscher Diplomat, kann man wohl aus dem Verhalten der schwedischen Regierung schließen, daß der Ålandvertrag auch Schweden gegenüber aufgehoben worden ist. Denn eine temporäre Aufhebung oder Inkrasssetzung einer völkerrechtlichen Servitut, die für den Kriegsfall ihre Hauptbedeutung gewinnt, gerade für die Zeit des Krieges, ist natürlich ein Widerspruch in sich, ein Unsinn“ (S. 17) . . . „Das Ålandabkommen (von 1856) ist somit de jure et de facto als nicht mehr existent zu betrachten“ (S. 18).

Es ist sehr reizvoll, der glänzenden, auf reiches, sonst schwer zugängliches Material gestützten Beweisführung unseres Diplomaten zu folgen.*) Die Ålandfrage hat von 1856 bis 1906 geruht. Erst 1905, das ist kurz nach der Lösung der schwedisch-norwegischen Union, gab der damalige russische Gesandte in Kopenhagen, Herr Iswolski, seiner Regierung den Rat, die veränderten Machtverhältnisse auf der skandinavischen Halbinsel zu benutzen und zu versuchen, vom Vertrage vom 30. März 1856 loszukommen.**) Nachdem er Minister des Äußeren geworden, nahm er im Juni 1907 die Angelegenheit persönlich in die Hand durch Unterhandlungen mit Deutschland, Frankreich und England. In Paris hat er die Zustimmung zur Aufhebung des Vertrages ohne weiteres bekommen; in England antwortete Sir Edward Grey mit dem Vorschlage einer Konferenz zwischen Deutschland, England und Rußland: Deutschland wurde durch die Aussicht gewonnen, durch Abschluß eines entsprechenden Abkommens England aus den Ostseefragen ausschalten zu können. Der Plan Iswolskis scheiterte letzten Endes am Widerstande Schwedens, das sich der Unterstützung Englands versichern konnte. „England hatte offenbar auf Grund der schwedischen Vorstellungen gesehen, daß es für England selbst vorteilhaft sein würde . . . durch Aufrechterhaltung des Ålandvertrages die Möglichkeit zu behalten, in der Ostsee noch mitzureden“ (a. a. O. S. 14). Nach Ausbruch des Weltkrieges verschwand Schwedens Empfindlichkeit in der Ålandfrage vollständig. „Als . . . Rußland anfing, die Ålandinseln stark zu befestigen, dort Flottenstationen zu errichten und starke Garnisonen zu halten, merkte man zunächst nichts von der alten Erregung in Schweden, die 1908 schon die bloße Absicht dieses Handelns hervorgerufen hatte. Das schwedische Auswärtige Ministerium stand offenbar in diplomatischen Verhandlungen mildester Art mit Rußland. Ziel dieser Unterhandlungen war nicht, die Anlage der russischen Befestigungen zu verhindern, sondern nur Versprechungen für die Zukunft zu erhalten. Die offizielle schwedische Politik hat es ruhig zugelassen, daß auf den Ålandinseln ein Zustand von Rußland geschaffen wurde, der die schwedischen Interessen in der Ostsee, und auch die deutschen, auf das empfindlichste verletzte“ (a. a. O. S. 16).

„Schweden hat sich mit papiernen Versicherungen der Russen begnügt, von denen es doch nach den ganzen Erfahrungen von 1906 und 1908 mehr als zweifelhaft war, ob sie jemals erfüllt werden würden. Vielleicht hat es auch

*) „Die Ålandfrage.“ Verlegt bei Reimar Hobbing, Berlin 1918. 64 Seiten.

***) „Le Temps“ vom 10. Februar 1918.

basierend auf die Vorgänge von 1908, sich der Hoffnung hingeeben, daß England nach einem siegreichen Kriege wiederum ein Interesse zur Einmischung in die Ostseefragen haben und Schweden zum Zwecke der Einlösung des russischen Versprechens zur Seite stehen würde" (a. a. O. S. 17). Inzwischen waren zwei Tatsachen eingetreten, die die Lage an der Ostsee von Grund aus änderten: Rußland schied nach der Einnahme von Riga und der Inseln im Rigaischen Meerbusen durch die deutsche Armee aus der Reihe der Kämpfenden aus, und Finnland machte sich unter Zustimmung Deutschlands, Schwedens und, was in unserem Zusammenhange sehr wichtig ist, auch Rußlands, selbständig. Die schwedische Regierung erweist sich den neuen Tatsachen gegenüber als völlig ungerüstet. Auf den finnischen Hilferuf gegen die Banden der Bolschewiki verhält sie sich ablehnend, ja, der der sozialdemokratischen Partei angehörige Kriegsminister Palmstierna verbietet unter Androhung der Verabschiedung ohne Pension, daß Offiziere als Freiwillige in die finnische Weiße Garde eintreten. Als am 31. Dezember 1917 „7135 erwachsene aländische Männer und Frauen“ dem König von Schweden ihren „lebhaften Wunsch“ nach Vereinigung mit Schweden unterbreiteten, antwortete der König, „daß die schwedische Regierung einen Weg finden würde, um . . . , wenn möglich im Einverständnis mit einem freien und selbständigen Finnland, die Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Aalandbevölkerung zu überwinden“. Aber erst am 23. Februar 1918 wurde ein schwedisches Bewachungsbataillon zur Evakuierung der Russen und der finnischen Weißen Garde und zu einem Vortrage zwischen den drei beteiligten militärischen Befehlshabern in Stockholm nach den Aalandinseln eingeschifft.

So hat die schwedische Regierung tatsächlich keinen autoritativen Schritt unternommen, um einen größeren Einfluß auf die politische Lage zu gewinnen. Wenn die Aalandfrage gegenwärtig überhaupt noch völkerrechtlich besteht und Schweden dabei mitsprechen darf, so darf es sich dafür bei Deutschland bedanken, das dafür gesorgt hat. Schon bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hat Herr von Kühlmann erklärt, daß Deutschland geneigt sei, unter Beteiligung der der Ostsee anliegenden Staaten diese Inseln im breitesten Sinne zu neutralisieren.

Als am 6. März 1918 eine größere deutsche Streitmacht auf Aaland landete, überreichte der deutsche Gesandte in Stockholm folgende Erklärungen:

„Die Landung auf Aaland erfolgt in Ausführung des von Finnland an Deutschland gerichteten Hilferufes; sie erfolgt, um die Aalandinseln bei den militärischen Operationen zu benutzen; sie soll begrenzt werden durch Errichtung einer Etappenstation. Schweden soll nicht gehindert werden, seine humanitären Aufgaben auf Aaland weiter durchzuführen. Deutschland erklärt, es habe keinerlei territoriale Interessen auf Aaland. Deutschland erkennt die vitalen Interessen Schwedens auf Aaland an und ist der Meinung, daß die Aalandfrage im engsten Einvernehmen mit Schweden geregelt werden müsse.“

Im übrigen wird die gegenwärtige Rechtslage in der Aalandfrage bestimmt durch den Artikel VI des deutsch-russischen und den Artikel 30 des deutsch-finnischen Friedensvertrages.

Abgesehen von der Verpflichtung der Räumung der Aalandinseln von russischen Truppen enthält Artikel VI des erstgenannten Vertrages folgenden Passus:

„Die auf den Aalandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden.“

Der Artikel 30 des deutsch-finnischen Vertrages lautet:

„Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß die auf den Aalandinseln angelegten Befestigungen sobald als möglich zu entfernen und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln wie ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht durch ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu regeln sind; hierzu werden auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein.“

„Es sind tatsächlich die Siege der deutschen Waffen gewesen, welche den von der schwedischen Regierung mitgeschaffenen unheilvollen Zustand für Schweden (ohne jedes Zutun der Schweden selbst) beseitigt haben“ (a. a. O. S. 16).

* * *

Das Verhalten Deutschlands in dieser Angelegenheit, seine durch die schwedische Politik auf eine harte Probe gestellte Langmut hat ihren guten Sinn. Die deutsche Politik ist eine Politik der Sammlung aller der Staaten, deren Interessen mit den unsrigen gleichlaufen, auch wenn die betreffenden Regierungen zögern oder durch äußere Einwirkungen abgehalten werden, die Gemeinsamkeit anzuerkennen. Deutschland hat durch seinen Sieg über Rußland und das Bündnis mit Finnland eine in der Tat dominierende Stellung an der Ostsee gewonnen. Aber es denkt nicht daran, sie zur Unterdrückung der schwächeren Anlieger zu benutzen, wie schwedische und englische Stimmen behaupten, sondern im Gegenteil, um sich Bundesgenossen in seinem Kampf gegen die wirtschaftlichen Pläne des geplanten angelsächsischen Völkerbundes zu gewinnen. Das Liverpooler „Journal of Commerce“ vom 28. März d. J. hat ganz recht, wenn es schreibt, Deutschland trachte seine große Handelsflotte in der Ostsee sobald als möglich in Dienst zu bringen und den Handel im Baltikum zu eröffnen. Nicht aber um die anderen handeltreibenden Anlieger zu verdrängen, sondern um mit ihnen, also auch mit Schweden, einen möglichst lebhaften Güteraustausch zu pflegen. Sollte es gelingen, die Anliegerstaaten der Ostsee zu gemeinsamer Handelsbetätigung zu vereinigen, so bedürfte es nicht des englischen Kapitals noch sonstiger Unterstützung, um den nord-russisch-westeuropäischen Warenaustausch in der großzügigsten Weise auszugestalten; vor allem aber könnte sich dieser Handel frei von jeder englischen Kontrolle und ohne auf Hilfe von seiten des englischen Kapitals angewiesen zu sein, entwickeln.

Und seinen guten Willen beweist Deutschland am besten durch die das schwedische Interesse in so hohem Maße berücksichtigende Stellungnahme in der Mlandfrage.

Schweden braucht darum die Mlandinseln für sich nicht, es sei denn, daß es weitergehende Absichten auf finnisches Gebiet hätte. Der finnische Gesandte in Kristiania urteilt ganz richtig, wenn er dem Ausfrager der „Tidens Tegn“ vom 10. März d. J. antwortet: „Militärisch liegt die Sache so, entweder sind Finnland und Schweden Freunde, dann hat die Frage keine Bedeutung; wenn sie aber keine Freunde sind, so ist Mland ein äußerst wichtiger strategischer Punkt — sagen wir für Schweden.“ Ob die Neutralisierung der Inselgruppe, wie sie Herr von Kühlmann Anregte, im übrigen die beste Lösung der Frage bedeuten würde, möchte ich nicht entscheiden. „Neutralisierung ist das Wort, das sich seit einem Jahrhundert schon in der Diplomatie einzustellen pflegt, wenn die Regelung territorialer Verhältnisse keinen weiteren Ausweg zu lassen scheint. . . . Man versteht darunter das Verschiedenste, vom Roten Kreuz angefangen bis etwa zum sogenannten Neutral-Moresnet. Das hindert nicht, daß die Diplomatie immer wieder dieses Blendwerk vorkehrt. . . . Es gibt eben ein Licht, das die Motten immer wieder anzieht, auch in der diplomatischen Rüstkammer.“*) Eine Neutralisierung der Inseln, die England befähigte, in der Ostsee mitzusprechen, würde auf keinen Fall erstrebenswert sein, zu einer Neutralisierung unter dem alleinigen Schutz der Ostsee-Anlieger könnte man sich indessen verstehen.

*) Fleischmann, „Denkschrift an die finnische Regierung“, S. 65/66.

